

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 25. Jänner 1974

Blatt 152

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal/Lokal: Rechnungshof-Einschau wird gewährleistet

Kommunal:
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Lokal:
Tagung des Krankenpflegepersonals:
Mehr Männer in den Krankenpflegeberuf
Diskussion über 1848 - ein Erfolg
Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

L o k a l :

=====

tagung des krankpflegepersonals:

mehr maenner in den krankpflegeberuf

1 wien, 25.1. (rk) mehr maenner in den krankpflegeberuf, weiterer ausbau der vorsorgemedizin sowie vermehrter einsatz teilzeitbeschaeftigter krankpflegekraefte waren die wichtigsten forderungen einer resolution, die freitag von den delegierten der 5. fachgruppentagung der fachgruppenvereinigung des krankpflegepersonals und verwandter berufe beschlossen wurde. die fuer zwei tage angesetzte tagung stand unter dem motto 'gesundheit erhalten, kranken helfen'. tagungsort war das palais strudlhof. im rahmen von vortraegen und diskussionen befassten sich die delegierten mit verschiedenen fachlichen problemen, unter anderen auch mit dienst- und besoldungsrechtlichen forderungen der von ihnen vertretenen berufsgruppen.

in der beschlossenen resolution wurde die auffassung vertreten, dass in naechster zeit sowohl bei frauen als auch bei maennern eine intensive werbung fuer den krankpflegeberuf erfolgen sollte. weiters sollte getrachtet werden, bereits ausgeschiedenes personal dem krankpflegeberuf wieder zurueck zu gewinnen. der fachgruppentag forderte darueber hinaus auch fuer das krankpflege- und med. techn. personal, die arbeitszeit auf die geltende wochenarbeitszeit zu verkuerzen. ebenso wurde eine bessere koordinierung der einzelnen dienste in den krankenanstalten sowie der vermehrte einsatz von teilzeitbeschaeftigten krankpflegekraeften verlangt. im sinne des tagungsmottos wurde ferner die erweiterung der massnahmen zur frueherkennung schwerer, lebensbedrohlicher krankheiten gefordert.

0955

L o k a l :

=====

diskussion ueber 1848 - ein erfolg

2 wien, 25.1. (rk) zu einer ueberaus interessanten diskussion hatte der verein fuer geschichte der stadt wien seine mitglieder und gaeste eingeladen, wobei das thema ''das jahr 1848'' als erstes einer reihe von vortraegen auf dem programm stand.

das beratungszimmer im wiener rathaus war zum bersten voll, als namhafte geschichtsforscher und schriftsteller unter der leitung von hofrat dr. rudolf n e c k in die lebhafteste diskussion ein-griffen. es wurden die ''maerztage'' des revolutionsjahres 1848 bis in details erlaeutert. dabei stellten die redner einhellig fest, dass die revolution von 1848 die erste und einzige war, die oesterreich erlebte und die ihre positiven auswirkungen bis in die heutigen tage uebertragen hat.

0958

k o m m u n a l / l o k a l :

=====

rechnungshof-einschau wird gewaehrleistet
bildung der wiener holding wahrscheinlich schon bis 1. juli

6 wien, 25.1. (rk) in einem gespraech mit wirtschaftsjournalisten erklarte wirtschafts-stadtrat h a n s m a y r dezidiert: ''wir denken nicht daran, das einschaurecht des rechnungshofes gegenueber den gemeindeeigenen betrieben zu beschneiden. es muss in vollem umfang erhalten bleiben.'' die stadtverwaltung werde den bund ersuchen, dieses einschaurecht durch entsprechende verfassungsrechtliche bestimmungen zu gewaehrleisten. wenn das nicht moeglich sei, werde die stadt privatrechtlich geeignete massnahmen treffen.

der rechnungshof besitzt das recht, unternehmen zu ueberpruefen, die zu 100 prozent im besitz eines bundeslandes sind. da der geplanten holding der wiener unternehmen auch betriebe angehoren, an denen miteigentuerer beteiligt sind, wuerde dieses kontrollrecht wegfallen. die stadtverwaltung hat allerdings auch bisher dem rechnungshof ein weitergehendes kontrollrecht eingeraeumt. der chef der wiener finanzverwaltung, obersenatsrat dr. heinrich h o r n y , nannte dafuer ein beispiel: die hafensbetriebsges.mbh. ist nicht zur gaenze im besitz der stadt. im einvernehmen mit dem mitbesitzer hat die stadt den rechnungshof ersucht, trotzdem die hafengesellschaft zu ueberpruefen. das ist inzwischen auch bereits geschehen.

stadtrat mayr nannte seine ''traumtermine'' fuer die bildung der holding: bericht an den gemeinderat im april, wirksamkeit der holding ab 1. juli. ''im letzten jahr ist in der stadtverwaltung ein entscheidungsrueckstand entstanden, den wir so rasch wie moeglich aufholen muessen.'' daher das bemuehen, diese und andere fragen in kuerzester zeit zu loesen.

der holding sollen die unternehmungen angehoren, die zu mehr als 50 prozent im besitz der stadt sind. ausgenommen wird das theater an der wien sein, vielleicht auch noch zwei oder drei andere unternehmungen wie die firma payer und schmutzer, die nur mehr formal besteht, und die stadtwerke-toechter teerag und asdag. die selbstaendigkeit und volle verantwortlichkeit der geschaeftsfuehrer der einzelnen unternehmen bleibt unberuehrt.

aufgaben der holding sind die ausnuetzung von steuerbeguenstigungen, die koordinierung der unternehmungen und die ausschaltung gegenseitiger konkurrenz.

zu bedenken der handelskammer, dass durch die holding private konkurrenzunternehmen der gemeindebetriebe ausgeschaltet werden sollen, betonte stadtrat mayr, dass davon keine rede sein koenne. die stadt werde keinen protektionistischen weg einschlagen, die gemeindeunternehmen muessen genauso wirtschaftlich arbeiten und sich gegenueber der konkurrenz behaupten, wie jeder privatbetrieb.

fleischabgabe wird geaendert

stadtrat mayr teilte weiter mit, dass die form der fleischabgabe geaendert wird. die bisherige abgabe fuer die einfuhr von lebendem vieh wird aufgehoben, dafuer wird eine abgabe eingefuehrt, die auf geschlachtetes vieh eingehoben wird, das unter umgehung des fleischzentrums st. marx nach wien gebracht wird.

die neue abgabe soll sichern, dass ein moeglichst grosser teil des in wien verkauften fleisches ueber die modernen hygienischen anlagen laeuft, die in st. marx geschaffen wurden. erwaegungen ueber zusaetzliche einnahmen spielten dabei keine rolle. das ziel lautet vielmehr, die einnahmen aus der neuen abgabe moeglichst niedrig zu halten, weil das zugleich eine maximale benuetzung der anlagen in st. marx bedeuten wuerde. die aenderung der fleischabgabe hat also keine fiskalischen, sondern gesundheitspolitische ziele.

drei neue tiefgaragen

stadtrat mayr teilte weiter mit, dass die gespraechе ueber die bildung einer garagenbaugesellschaft so gut wie abgeschlossen sind. die staedtische versicherung und die wiener betriebsansiedlungs-gesellschaft (wibag) werden je 50 prozent des stammkapitals von 10 millionen schilling aufbringen. als erstes sollen schon in kuerze drei neue tiefgaragen gebaut werden - zwei davon im bereich des u-bahn-baus, beim karlsplatz und beim reumannplatz, die dritte bei der stadthalle.

noch heuer parkometergesetz

auch die internen gespraechе ueber das parkometergesetz sind abgeschlossen, es soll moeglichst noch heuer wirksam werden. die

haesslichen parksaeulen sollen in wien vermieden werden. statt dessen wird es parkscheiben zu kaufen geben, auf denen tag und uhrzeit des parkbeginns zu vermerken sind. die scheiben sollen in drei verschiedenen farben verkauft werden - fuer eine halbe stunde, eine stunde und eineinhalb stunden. es ist an eine gebuehr von 2 schilling fuer eine halbe stunde gedacht.

entgegen dem urspruenglichen entwurf soll nicht nahezu die ganze innenstadt tag und nacht zur parkometerzone werden. es sind dafuer die derzeitigen kurzparkzonen vorgesehen, eingeschraenkt auf die zeiten, in denen diese als kurzparkzonen gelten.

stabilitaetsbemuehungen im vordergrund

stadtrat mayr berichtete schliesslich ueber eine sitzung der finanzlandesreferenten, die mittwoch in wien stattgefunden hat. die beratungen haben ergeben, dass sich das schwergewicht nun wieder von der vollbeschaeftigungspolitik auf die stabilitaetspolitik verschoben hat. fuer wien ist es nach wie vor besonders wichtig, die bedeutung als wirtschaftszentrum zu erhalten und auszubauen. ''wir werden nicht zulassen'', betonte stadtrat mayr, ''dass wir in wien so sehr bremsen, dass sich daraus eine ab-saugewirkung fuer die wiener wirtschaft ergibt''. er kuendigte verstaerkte bemuehungen um industrieansiedlungen an. unter anderem ist daran gedacht, wohnbaukredite dafuer zu verwenden, dass betriebe arbeitskraefte ansiedeln koennen.

l o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

naechtliche sperre in der altmannsdorfer strasse

7 wien, 25.1. (rk) in der nacht vom 29. zum 30. jaenner werden in der richtungsfahrbahn der altmannsdorfer strasse zur gruenbergstrasse die schadhaften betonplatten im bereich des bahnschranks entfernt. diese arbeit wird so vorgenommen, dass am 29. jaenner zwischen 20 und 22 uhr eine fahrspur noch freibleibt, von 22 bis 4 uhr die gesamte richtungsfahrbahn ab breitenfurter strasse gesperrt sein wird. waehrend der nachstunden erfolgt die umleitung ueber breitenfurter strasse - wienerbergbruecke - edelsinnstrasse.

1226

Wiener Landtag

=====

wien, 25.1. (RK) Unter Vorsitz von Präsidentin Maria Hlawka beschloß der Wiener Landtag auf Antrag von Abgeordneten Herbert Mayr der Auslieferung des Abg. Suttner zwecks strafrechtlicher Verfolgung nach einem Verkehrsunfall nachzukommen. Dieser Auslieferung war bereits im vergangenen Jahr zugestimmt worden, doch hatte die Staatsanwaltschaft inzwischen den Tatbestand neu qualifiziert.

(Ende des Wiener Landtages)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

wien, 25.1. (RK) Unter Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat anschließend der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es lagen je drei Anfragen der ÖVP und FPÖ vor. Überdies hatte die FPÖ fünf Anträge (Notstromaggregate für Wiener Spitäler, Sanierung Spittelberg, Renovierung der Stadtbahnhaltestellen, Überprüfung der Autobahntrassen A 20 und A 5 und ein Wartehaus für die Fahrgäste der sechziger Linien bei der Oper) und die Volkspartei sechs Anträge (Befreiung kommunaler Versorgungsunternehmen von der Mehrwertsteuer, Nahversorgung neuer Wohngebiete, Zweckwidmung von Kleingärten im Prater, Sanierung von Frostaufbrüchen, Entrümpelungsaktion und Unterlagen von der Erdgasumstellung) eingebracht. Die Bezirksvertretung für den 7. Bezirk hatte ebenfalls einen Antrag, und zwar bezüglich des Parkens von Lastwagenzügen gestellt.

Bausperre

Das erste Geschäftsstück, über das Stadtrat Ing. Hofmann berichtete, betraf eine Verlängerung der Bausperre um ein Jahr für das Gebiet im 3. Bezirk zwischen Houmarkt und Rennweg. GR. Schneider (ÖVP) kritisierte den schleppenden Vorgang bei der Erklärung dieses Areals zur Schutzzone, die schon einmal dem

./.

Gemeinderat im Vorjahr vorgelegt aber wieder zurückgezogen worden sei. Diese Versäumnisse machten es möglich, daß in Gebieten, die Schutzzonen werden sollen, bisher insgesamt 47 Abbruchbewilligungen erteilt, von denen rund 30 vollzogen worden seien. So sei unter anderem das Haus Salesianergasse 3, ein Schlöbchen, von Kommerzialrat Machek demoliert worden.

Im Schlußwort wies Stadtrat Hofmann darauf hin, die Erklärung des Gebietes zur Schutzzone sei deshalb noch nicht erfolgt, weil noch die Frage der Verkehrslösung hinter dem Eislaufverein geklärt werden müsse. Es gehe darum, wie die charakteristische Senke vor den Häusern Am Heumarkt berücksichtigt werden sollte. Was die Abbrüche angehe, so habe sich ÖVP-Stadtrat Krasser geweigert, für die Baupolizei eine entsprechende rechtliche Handhabe zur Verhinderung von Abbrüchen zu schaffen ("das ist rechtlich völlig überflüssig und nur eine Ausrede für die schlafende Planung", ruft Krasser). Er, Hofmann, hoffe nun, daß Stadtrat Heller als jetzt zuständiger Stadtrat dieses Versäumnis gutmachen werde.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Vergleich

GR.Dr. Müller (SPÖ) beantragte die Genehmigung eines Vergleichs zwischen der Stadt Wien und Kommerzialrat Wild, betreffend dessen Forderungen aus dem Pachtvertrag über das städtische Kaffeerestaurant am Großmarkt Inzersdorf. Die Stadt Wien wird mit 310.000 S die Forderungen, die sich aus einer verspäteten baulichen Fertigstellung der Lokalitäten ergeben, abgeben. Als einziger Debattenredner kritisierte GR. Krenn (FPÖ), daß man die Pachtverträge zu einem Zeitpunkt abgeschlossen hätte, in dem die Verspätung der Fertigstellung erkennbar gewesen wäre. Man müsse sich überlegen, wie man in Zukunft derartige Verluste vermeiden könnte. GR.Dr. Müller wies im Schlußwort darauf hin, daß nicht vorhersehbare Ereignisse, nämlich extrem ungünstige Witterung sowie schlechte Bodenverhältnisse, den Bau verzögert hätten.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Wettbewerb

Für die Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbes "Wohnen morgen - Wien", der im Rahmen einer Aktion des Bauministeriums stattfindet, beantragte Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) die Gesamtkosten von 1.160.000 S. Gemeinderat Dr. Peter Mayr (ÖVP) begrüßte den Wettbewerb und regte an, daß man mehr Sondermittel aus dem Titel des Wohnbauförderungsgesetzes für die Wohnbauforschung einsetzen sollte. Man solle aber weniger neue Stadterweiterungen weiterverfolgen, sondern die bestehenden Ausbaachsen - wie etwa an der Wagramer Straße - weiterführen. Auch die Bodennutzung in verbauten Gebieten sollte sinnvoller erfolgen. Gemeinderat Edlinger (SPÖ) führte aus, daß der genannte Wettbewerb, der für das Gebiet des Straßenbahnbetriebsbahnhofs Rudolfsheim ausgeschrieben worden ist, nicht nur die Fachwelt, sondern darüber hinaus die Bevölkerung anregen soll, neue Wohnformen zu diskutieren. Das Interesse der Fachleute sei an dem Wettbewerb sehr groß gewesen, nicht weniger als 65 Projekte wurden eingereicht. Sie werden vom 8. bis 24. Februar in einer Ausstellung im Wiener Bauzentrum zu sehen sein. Man erwarte sich davon starke Impulse für die weitere kommunale Bautätigkeit. Für das Planungsgebiet im 15. Bezirk sei von Vorteil, daß es sich in städtischem Besitz befindet. Es ist verkehrsmäßig günstig gelegen. Überdies werde nicht weit davon als Kulturzentrum ein Haus der Begegnung errichtet werden. Der Auer-Welsbach-Park sowie Schönbrunn böten weiters gute Möglichkeiten für die Freizeit. Stadtrat Hofmann sagte im Schlußwort, daß es notwendig sein werde, die Verlagerung von Arbeitsstätten in die Nähe neuer Wohnstätten an den Randgebieten fortzuführen. Die Forderung, mehr Mittel für die Wohnbauforschung einzusetzen, sei durchaus zu begrüßen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

636 Millionen für U-Bahn

Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) referierte auch den nächsten Antrag: 636 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahn-Strecke von der Landesgerichtsstraße bis zum Deutschmeisterplatz. Mit diesem vorletzten Abschnitt des Grundnetzes wird der Bogen von Karlsplatz zum Ringturm geschlossen.

GR. Bednar (SPÖ) verwies darauf, daß beim Bau dieses Streckenabschnittes mit einem Mehraufwand von fünf Prozent bereits die Weiterführung der U-Bahn in den Raum Währing-Löbbling vorgesehen sei. Leider sei es notwendig, 47 Bäume in der Universitätsstraße zu entfernen. Man bemühe sich, einen Teil davon zu verpflanzen. Durch Tieferlegung der Trasse um zwei Meter werde es möglich sein, nach Fertigstellung des Tunnels wieder Bäume zu pflanzen. Mit einem Mehraufwand von zwei Millionen Schilling werde die herrliche Platanengruppe beim Landesgericht gerettet, wobei es notwendig sei, auch die Fundamente des Landesgerichtes anzuschneiden. GR. Bednar verwies auf die Verkehrsprobleme, die beim U-Bahn-Bau im 2. Bezirk zu erwarten seien und ersuchte um möglichst genaue Planung, damit diese Schwierigkeiten nicht zu groß würden. Der U-Bahn-Bau sei zweifellos die beste Möglichkeit, den Verkehr umweltfreundlicher zu gestalten, doch müsse zur optimalen Verwirklichung dieses Ziels die künftige Stadtentwicklung berücksichtigt und die Stadt als Ganzes gesehen werden.

GR. Dr. Macher (ÖVP) verlangte ein U-Bahn-Entschädigungsgesetz. Die gemeinsame Aktion der Stadt und der Handelskammer zur Entschädigung von U-Bahn-Geschädigten sei ungenügend, weil sie keinen Rechtsanspruch sichere und die Nachteile für Mieter nicht berücksichtige. Auch das Eisenbahngesetz beziehe sich nur auf die Grundeigentümer.

Stadtrat Ing. Hofmann erwiderte, daß die Stadt bisher in allen Fällen, in denen die Betroffenen den Rechtsweg beschritten, billiger davongekommen sei, als ihr freiwillige Angebot gewesen wäre. Es sei der richtige Weg, die Kammer als Interessensvertretung anzuerkennen und mit ihr das Einvernehmen herzustellen.

Wenn die Interessenvertretung eine Änderung wolle, könne man darüber reden - der Stadtverwaltung sei aber nichts über solche Wünsche bekannt.

Abstimmung: Der Bau der U-Bahn-Strecke Landesgerichtsstraße-Deutschmeisterplatz wurde einstimmig genehmigt.

WIG 74

GR. Braun (SPÖ) beantragte Sachkrediterhöhungen im Ausmaß von rund 65 Millionen Schilling für die Errichtung von Ausstellungs- und Sporthallen sowie anderer Bauten durch die Kurbetriebsgesellschaft mbH. Ober-Laa auf dem Gelände der WIG 74.

Gegen diese Kostenausweitung nahmen die Vertreter der FPÖ und ÖVP vehement Stellung und erklärten, dem Antrag nicht zustimmen zu können.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) sprach von Fehlplanung und stellte vor allem die Frage, welche Funktion die Hallen nach der Gartenschau haben sollen.

GR. Arthold (ÖVP) stieß sich an dem Timing der Gemeinderatsbeschlüsse, das es nun erforderlich mache, über Gelder zu beschließen, die längst verbaut seien. Arthold sprach in diesem Zusammenhang von einer "Brüskierung des Gemeinderates". Der Redner übte schließlich massive Kritik an der Person des Stadtgartendirektors und an der Personalunion der Funktionen Stadtgartendirektor-Leiter der Kurbetriebsgesellschaft.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte GR. Deutsch (SPÖ), daß die WIG 74 für Wien und Österreich ein erstrangiges Ereignis sei. Dabei müsse man in Rechnung stellen, daß nicht alles am Reißbrett vorhersehbar sei und sich im Laufe der Arbeit Umplanungen für optimalere Lösung ergeben können.

In seinem Schlußwort unterstrich GR. Braun, daß die Begründung für die Baukostenerhöhungen weitgehend aus den dem Gemeinderat zur Verfügung stehenden Unterlagen hervorgehen. Als Beispiele nannte der Redner unter anderem die Baukostenindexerhöhung um fast 30 Prozent, Umplanungen bei den Hallenbauten, den Bau einer separaten Wasserleitung von Blumental zum WIG-Gelände und die Änderung der Heizungskonzeption. Die Vorwürfe hinsichtlich einer Ausschaltung des Gemeinderates bei der Beschlußfassung und die Angriffe gegen Stadtgartendirektor Auer wies der Redner als ungerechtfertigt zurück. Man müsse die WIG 74 und den danach

der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Großpark am Laaer Berg als einen bedeutenden Beitrag zur Hebung der Lebensqualität in Wien und des Ansehens der Bundeshauptstadt werten.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -